

Die Weichen richtig stellen – Für eine zukunftsfähige Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda nach 2015

2013



Positionspapier 1/2013

Inhalt

1. Einleitung – 3

2. Dimensionen einer neuen globalen Agenda – 4

2.1 Armutsbekämpfung und menschenwürdiges Leben – 4

2.2 Globale Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz und nachhaltige Lebensstile – 9

2.3 Klare Regeln für globale nachhaltige Entwicklung – 12

3. Ausblick – Der Weg zu einer gerechteren Welt für alle – 16

VENRO-Mitglieder – 18

Impressum – 19

1. Einleitung

Die zahlreichen Krisen der letzten Jahre haben deutlich gemacht, dass unser gegenwärtiges globales Entwicklungsmodell weder nachhaltig noch zukunftsfähig ist. Der Klimawandel hat die Abhängigkeit zwischen dem Norden und dem Süden ebenso deutlich hervorgehoben wie die ungelösten Wirtschafts-, Finanz- und Nahrungsmittelkrisen. Mehr denn je haben diese Entwicklungen aufgezeigt, dass wir bei einem »Weiter so« sehr schnell die Grenzen der natürlichen Ressourcen unseres Planeten erreichen werden. Diese Krisen verschärfen die Armut in vielen Ländern. Aber auch die Überwindung der weiterhin bestehenden großen sozialen und ökonomischen Ungleichheit bleiben zu bewältigende Herausforderungen – sowohl zwischen Nord und Süd als auch innerhalb vieler Länder. Wenn wir Armut bekämpfen und die Transformation zu einer gerechten und nachhaltigen Weltgesellschaft anstoßen wollen, in der zukünftige Generationen ein gesundes, menschenwürdiges Leben in Wohlstand, Frieden und Sicherheit leben können, brauchen wir ein neues Rahmenwerk für globale Entwicklung und Nachhaltigkeit für die Zeit nach 2015, das den globalen Herausforderungen gerecht wird.

Eine zukünftige Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda kann auf die Erfolge ihrer Vorläufer, wie die Millenniumentwicklungsziele (MDG) und den Rio-Prozess zu nachhaltiger Entwicklung, aufbauen und aus deren Unzulänglichkeiten lernen. Die MDG haben aufgrund ihrer Klarheit, Vermittelbarkeit und Quantifizierbarkeit in vielen Ländern politische Wirksamkeit entfalten können. Wichtige Themenkomplexe der Millenniumserklärung aus dem Jahr 2000, wie Ungleichheit, ungerechte Handelspraktiken und die Verwirklichung der Menschenrechte, haben sie jedoch nicht aufgegriffen. Deshalb konnten die MDG hinsichtlich struktureller Probleme lediglich eine begrenzte Reichweite entfalten. Nur einige der MDG werden tatsächlich bis 2015 erreicht werden. Zwar ist das Ziel, den Anteil der von extremer Armut Betroffenen zu halbieren, schon erreicht. Aber immer noch leben rund 1,4 Milliarden Menschen in ex-

tremer Armut. Zudem droht sich die Situation der mittlerweile nicht mehr in diese Gruppe fallenden Menschen aufgrund der globalen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen wieder zu verschlechtern. Ein neues Rahmenwerk muss deshalb dort ansetzen, wo die MDG noch nicht erreicht wurden, aber auch über diese hinausgehen, um allen Menschen und zukünftigen Generationen weltweit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Die neue Agenda muss das Rad nicht neu erfinden. Sie sollte vielmehr auf den kodifizierten Menschenrechtsnormen, -standards und -instrumenten aufbauen und die Inhalte relevanter internationaler Abkommen, wie der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen (UN), reflektieren. Eine umfassende sozial-ökologische Transformation ist nur mit universell gültigen Zielen zu erreichen, da im Hinblick auf die damit verbundenen Herausforderungen alle Länder Entwicklungsländer sind. Um den unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedingungen der Länder gerecht zu werden, muss das Prinzip der »gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung« im neuen Rahmenwerk verankert werden.

Darüber hinaus erscheint es uns unerlässlich, dass ein neues Rahmenwerk bereits im Prozess seiner Erstellung eine umfassende Beteiligung aller Akteure, insbesondere der Zivilgesellschaft, ermöglicht. Wir begrüßen es daher, dass der Prozess zur Erarbeitung der Ziele unter Federführung der Vereinten Nationen erfolgt. Entscheidend ist nun, dass gewährleistet wird, dass alle relevanten Institutionen und Akteure einbezogen werden. Dabei ist es notwendig, bislang parallel laufende Diskussionen kohärent zu gestalten. Vor allem die Erarbeitung von Sustainable Development Goals (SDG) und einer Post-2015-Entwicklungsagenda sollten in einem Rahmenwerk zusammengeführt werden. Dies bietet die historische Chance, Umwelt- und Entwicklungsagenden zu integrieren und damit nicht nur die Auswirkungen, sondern auch die Ursachen von Armut und Umweltzerstörung endlich zu beseitigen.



Hmong-Frau mit Baby im Dorf Sin Chai, Vietnam

2. Dimensionen einer neuen globalen Agenda

Die zukünftige Post-2015-Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda sollte einerseits umfassend sein, das heißt die für globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele relevanten Themenbereiche enthalten, und andererseits eine überschaubare Anzahl von konkreten Zielen und quantifizierbare Indikatoren beinhalten. Folgende drei Themenbereiche müssen zentraler Bestandteil einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda sein: 1. Armutsbekämpfung und menschenwürdiges Leben, 2. Globale Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz und nachhaltige Lebensstile und 3. Klare Regeln für nachhaltige Entwicklung.

2.1 Armutsbekämpfung und menschenwürdiges Leben

Eine neue globale Agenda, die die Überwindung von Armut und die Schaffung von Gesellschaften zum Ziel hat, in denen Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben für alle möglich ist, muss von einem multidimensionalen Verständnis von Armut ausgehen. Um Armut in all ihren Formen zu bekämpfen, ist es notwendig, vor allem die strukturellen Ursachen von Armut und Ungleichheit zu berücksichtigen. Darunter fallen die Benachteiligung von Frauen, Kindern und marginalisierten Gruppen (wie unter anderem Menschen mit Behinderungen, ethnische Minderheiten, indigene Völker), prekäre Arbeitsbedingungen, die Ungleichverteilung von Land und Vermögen, die fehlende Möglichkeit politischer Teilhabe und der mangelnde Zugang zu produktiven Ressourcen.

Überwindung von extremer Armut und Hunger

Weltweit konnten in den vergangenen zehn Jahren die extreme Armut und der Hunger deutlich reduziert werden. Dennoch leben immer noch rund 1,4 Milliarden Menschen, die meisten von ihnen Frauen, von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag, und mindestens 850 Millionen Menschen hungern. Das derzeitige globale Handelssystem, die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die Auswirkungen des Klimawandels und gewalttätige Konflikte und Kriege verschärfen die Lebensbedingungen in den Ländern des Globalen Südens und tragen dazu bei, dass wieder mehr Menschen von Armut und Hunger bedroht sind. Die vollständige Überwindung von extremer Armut und Hunger muss deshalb ein zentrales Anliegen einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda bleiben. Um dieses Ziel zu verwirklichen, bedarf es neben eines fairen Welthandelssystems auch einer kohärenten Politik, der Förderung sozialer Gerechtigkeit und einer soliden Finanzierung. Deshalb müssen die Länder des Globalen Nordens ihrer Verpflichtung nachkommen, mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungsfinanzierung bereitzustellen.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- die vollständige Überwindung von extremer Armut und Hunger zentrale Ziele sind und die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung in einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda verankert wird.
- differenzierte Indikatoren vereinbart werden, anhand derer überprüft werden kann, dass die ärmsten und am meisten benachteiligten Gruppen wie Frauen, Kinder, Ältere und Menschen mit Behinderungen schnelle und nachhaltige Verbesserungen ihrer Lebenssituationen erfahren.
- in einem neuen Rahmenwerk die Verpflichtung der Länder des Globalen Nordens, mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Finanzierung von Entwicklung bereitzustellen, bekräftigt und mit einem klaren Zeitrahmen unterlegt wird.

Soziale Gerechtigkeit

Ein globales Entwicklungsparadigma, das nicht nur die Auswirkungen von Armut, sondern auch ihre Ursachen bekämpfen will, muss die Menschenrechte ins Zentrum setzen sowie Ungleichheitsstrukturen und strukturelle Diskriminierung bekämpfen. Soziale Ungleichheiten haben einen sehr großen Einfluss darauf, ob jemand arm ist beziehungsweise an gesellschaftlichen Entwicklungen teilhaben kann. Nur wenn strukturelle Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen, dem ländlichen und dem städtischen Raum, zwischen Männern und Frauen, zwischen ethnischen Gruppen sowie zwischen dem Norden und dem Süden angegangen werden, können globale Entwicklungsziele zu Gerechtigkeit beitragen und Armut nachhaltig bekämpfen. Dreiviertel der Weltbevölkerung fehlt der Zugang zu umfassenden Leistungen der sozialen Sicherheit, beispielsweise der Zugang zu Gesundheitsversorgung, ausreichender Ernährung, Bildung, Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten sowie sozialer Teilhabe. Für eine nachhaltige Armutsbekämpfung sind soziale Sicherungssysteme erforderlich, die die Lebensgrundlagen gewährleisten und Ungleichheiten abbauen.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- die Schaffung sozialer Gerechtigkeit und die Durchsetzung des Menschenrechts auf soziale Sicherheit als zentrale Ziele in eine neue Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda aufgenommen werden.
- in einem neuen Rahmenwerk als Ziel verankert wird, sowohl nationale als auch globale Ungleichheitsstrukturen zu überwinden und dass entsprechende Indikatoren formuliert werden. So sollte insbesondere die Situation des ärmsten Fünftels der Bevölkerung durch Indikatoren erfasst und deutliche Verbesserungen für diese Gruppe bei der Formulierung von Zielen explizit angestrebt werden.
- der Zugang zu Grundsicherung, insbesondere für Arme, Frauen, Ältere und besonders verletzte Gruppen wie Kinder und Menschen mit Behinderungen, festgeschrieben wird.



Sudanesische Frauen bei einer Demonstration



Medizinische Behandlung kongolesischer Frau nach Landminenunfall

Geschlechtergerechtigkeit

Ohne die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit kann weder Armut überwunden noch soziale Gerechtigkeit hergestellt werden. Dennoch existieren weltweit weiterhin Bedingungen, die Mädchen und Frauen systematisch diskriminieren: Frauenfeindliche Praktiken, Vorurteile und Machtverhältnisse behindern Fortschritt, Gleichstellung und ein würdevolles Leben. Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Frage von Gerechtigkeit und Demokratie. Eine neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda muss deshalb sowohl ein eigenständiges Ziel zur Gleichstellung von Frauen und Männern beinhalten als auch Geschlechtergerechtigkeit in allen anderen Zielen als Querschnittsthema berücksichtigen.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit in einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda verankert wird.
- konkrete Ziele, insbesondere in den Bereichen soziale, politische und wirtschaftliche Teilhabe, Bildung und Gesundheit formuliert werden, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen.
- die zentrale Rolle von Sorgearbeit für die gesellschaftliche Entwicklung anerkannt wird und Ziele formuliert werden, die eine geschlechtergerechte Neuordnung von Sorge- und Erwerbsarbeit anstreben.
- im neuen Rahmenwerk das Ziel festgeschrieben wird, sexualisierte und andere Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu unterbinden.

Inklusion von Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen sind weltweit besonders häufig von Armut betroffen und von sozialer und politischer Teilhabe ausgeschlossen. Gerade Menschen im Globalen Süden geraten schnell in einen Teufelskreis von Armut, Krankheit, Behinderung und Ausgrenzung. In den Ländern des Globalen Südens sind Menschen mit Behinderungen als besonders vulnerable Gruppe überproportional von humanitären Krisen, Auswirkungen des Klimawandels und Umweltverschmutzung betroffen. Zudem findet in den wenigsten Ländern des Globalen Südens eine systematische Inklusion von Menschen mit Behinderungen ins gesellschaftliche Leben statt.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- eine neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda inklusiv ist und dass sie die Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung von Menschen mit Behinderungen durchsetzt.
- alle Ziele und Indikatoren des neuen Rahmenwerks die Inklusion von Menschen mit Behinderungen explizit berücksichtigen und dass Daten zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen erhoben werden.
- die neue Agenda festlegt, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt Zugang zu Grundbildung, Berufsausbildung, Gesundheitsleistungen, Arbeit und finanziellen Mitteln erhalten.

Zugang zu Bildung für alle

Der gleichberechtigte Zugang zu guter Bildung für Kinder, Jugendliche sowie Frauen und Männer ist eine entscheidende Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Eine gute Schul- und Berufsausbildung gilt weithin als wesentlich dafür, eine gute Arbeit zu finden und langfristig Armut zu überwinden. Bildung ist eine der Voraussetzungen für selbstbestimmtes Handeln sowie für die aktive Teilnahme am Leben der Gemeinschaft und an politischen Prozessen. Aber immer noch können 61 Millionen Kinder im Grundschulalter und 71 Millionen Jugendliche, darunter vor allem Mädchen, nicht zur Schule gehen. Von den eingeschulerten Kindern haben wiederum viele nicht die Möglichkeit, die Schule auch zu beenden. 800 Millionen Menschen gelten nach wie vor als Analphabeten. Nicht nur die Schulbildung, sondern auch die qualitative weiterführende Bildung sowie die berufliche Aus- und Weiterbildung müssen ausgebaut werden, um mehr Menschen ein eigenverantwortliches, menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und den Bedarf an Facharbeitskräften in den Ländern des Globalen Südens zu decken sowie Innovationen und Entwicklung zu fördern.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- die Durchsetzung des Menschenrechts auf Bildung in einer neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda bekräftigt wird und die Verpflichtung formuliert wird, ein Angebot qualitativ hochwertiger Bildung für alle bereitzustellen.
- die Schaffung unentgeltlicher, obligatorischer und hochwertiger Grundschulbildung für alle, insbesondere für Mädchen, Kinder in schwierigen Lebensumständen, Kindern mit Behinderungen und Kinder aus ethnischen Minderheiten, als Ziele in einer neuen globalen Agenda verankert werden.
- die weiterführende Bildung, die Berufsausbildung und die berufliche Förderung, insbesondere von Frauen, zu einem zentralen Ziel in einem neuen Rahmenwerk gemacht wird.

Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten gilt als wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung. Arbeit allein sichert jedoch noch lange nicht das Überleben. Mehr als einem Viertel der arbeitenden Menschen weltweit ist es unmöglich, von ihrem Einkommen ihre grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen. Unter diesen sogenannten »Working Poor« machen Frauen einen Anteil von 70 Prozent aus. Zudem sind überproportional viele junge Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. Viele Menschen im Globalen Süden arbeiten unter ausbeuterischen und oftmals menschenrechtsverletzenden Bedingungen, darunter zahlreiche Kinder.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- das Menschenrecht auf menschenwürdige Arbeit in eine neue Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda aufgenommen wird.
- die soziale Grundsicherung für alle im Zielkatalog verankert wird. Dies gilt sowohl für die in der formellen als auch für die in der informellen Wirtschaft und in der Sorgearbeit Beschäftigten.
- im neuen Rahmenwerk die Gleichberechtigung der Geschlechter am Arbeitsplatz bestärkt wird, besonders das Ziel des gleichen Lohns für gleiche Arbeit. Zudem muss das Augenmerk auf die Bekämpfung der weltweit wachsenden Jugendarbeitslosigkeit sowie den gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, insbesondere von marginalisierten Gruppen, gelegt werden.
- ein Ziel festgeschrieben wird, um die ausbeuterische Kinderarbeit im formellen und informellen Sektor zu unterbinden.
- die konsequente Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in den Zielkatalog aufgenommen wird.
- festgeschrieben wird, dass alle Staaten gesetzliche Regelungen schaffen sollen, die transnationale Unternehmen dazu verpflichten, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette sicherzustellen.



Mutter mit Kind in Familienklinik in der Mongolei

Globale Gesundheit

Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Menschen in Würde leben und ihre Fähigkeiten entfalten können. Ist die Gesundheit beeinträchtigt, so ist auch die Teilnahme am und ein produktiver Beitrag zum gesellschaftlichen Leben eingeschränkt oder gar nicht möglich. In vielen Ländern des Globalen Südens ist die Gesundheitssituation weiterhin dramatisch. Der fehlende Zugang zu Medikamenten sowie präventiven und kurativen Gesundheitsdiensten hat zur Folge, dass Millionen von Menschen an vermeidbaren Krankheiten sterben, in ihrer Entwicklung stark eingeschränkt sind oder dauerhafte Behinderungen erleiden. Bedingt durch den Alterungsprozess in vielen Gesellschaften handelt es sich zunehmend auch um nicht übertragbare Krankheiten. Der fehlende Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdienstleistungen führt dazu, dass täglich 800 Frauen und Mädchen während der Schwangerschaft oder Geburt sterben. Zudem sorgen schlechte Lebensbedingungen und gesellschaftliche Diskriminierung dafür, dass Menschen höheren Gesundheitsrisiken wie beispielsweise HIV-Infektionen ausgesetzt sind.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- die Schaffung von effektiven und qualitativ hochwertigen Gesundheitssystemen für alle in der Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda verankert wird.
- die Durchsetzung des Zugangs zu effektiven, sicheren und qualitativ hochwertigen Gesundheitsprodukten und -dienstleistungen für alle in einer neuen globalen Agenda festgeschrieben wird. Dies gilt insbesondere für Frauen und Mädchen mit dem Ziel, die Mütter- und Kindersterblichkeit weiter zu senken sowie für die Ärmsten und für die am meisten marginalisierten Gruppen.
- Indikatoren entwickelt werden, anhand derer überprüft werden kann, dass beim Auf- und Ausbau von Gesundheitssystemen angemessene Ressourcen für die Behandlung aller Krankheiten, seien sie ansteckend oder nicht ansteckend, zur Verfügung gestellt werden.



Pflanzenkeimling in sandigem Grund

2.2 Globale Nachhaltigkeit, Ressourcenschutz und nachhaltige Lebensstile

Der Klimawandel bedroht zunehmend die Lebenssituation von Millionen von Menschen, insbesondere unter den verletzlichsten Gruppen. Die Beachtung der planetarischen Grenzen durch nachhaltiges Wirtschaften, der Schutz der Ökosysteme und ihrer natürlichen Ressourcen sowie die Schaffung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster müssen deshalb dringend in einer neuen globalen Agenda verankert werden. Das auf Wachstum ausgerichtete Entwicklungsmodell und die derzeitigen Produktions- und Konsummuster tragen zur Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen bei und gehen somit zulasten zukünftiger Generationen.

Nachhaltiges Wirtschaften und Konsum in den planetarischen Grenzen

Unser heutiges auf ökonomisches Wachstum ausgerichtete Wirtschaftsmodell hat ausgedient. Eine Nachahmung des Entwicklungspfades sowie die Beibehaltung oder Ausweitung derzeitiger Konsummuster im Globalen Norden werden das globale Ökosystem in wenigen Jahrzehnten kollabieren lassen und die Menschheit ihrer Existenzgrundlage berauben. Die weltweite Armut hat ihre strukturellen Ursachen in einem Weltwirtschaftssystem, in dem die negativen Auswirkungen von Wirtschafts-, Handels- und Investitionspolitik auf die Menschenrechte im Globalen Süden systematisch ignoriert werden. Es gilt, ein Wirtschaftssystem aufzubauen, das die Entwicklungsbedürfnisse der Länder des Südens anerkennt, gleichzeitig aber den übermäßigen Ressourcenverbrauch der Länder des Nordens begrenzt. In diesem Sinne sind *alle* Länder Entwicklungsländer.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- Klima- und Ressourcenschutz orientiert an den planetarischen Leitplanken (zum Beispiel der Obergrenze von zwei Grad Celsius für die Erderwärmung in der Klimapolitik) zentrale Ziele einer neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda werden.
- alternative Messinstrumente für Wohlstand und Entwicklung, die auch die ökologischen und sozialen Kosten berücksichtigen, Eingang in das neue Rahmenwerk finden.
- die Sustainable Energy for All-Initiative von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in der neuen Agenda verankert wird.
- die Einbeziehung externalisierter Kosten, die Steigerung der Ressourceneffizienz, der Abbau von Subventionen für fossile Energieträger sowie Investitionen in grüne Technologien als Ziele verankert werden.
- die Agenda auf eine umfassende Transformation hin zu einer nachhaltigen, vorsorgeorientierten und auf Suffizienz gerichteten Wirtschaftsweise ausgerichtet wird.

Nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungssicherheit

Noch immer hungern mindestens 850 Millionen Menschen weltweit, davon leben zwei Drittel in ländlichen Regionen. Ihnen fehlt der Zugang zu Land, produktiven Ressourcen und zu Märkten, die sie in die Lage versetzen, sich ein menschenwürdiges Leben aufzubauen. Zugleich ist in den vergangenen Jahren immer deutlicher geworden, dass bestimmte wirtschaftliche Praktiken für die Ernährungssicherung im Globalen Süden verheerende Folgen haben. Dazu gehören Spekulationen mit Nahrungsmitteln und großflächige Landinvestitionen (Landgrabbing), das Setzen auf Agrarkraftstoffe als vermeintlicher Ausweg aus der Ölkrise, aber auch die auf industrielle Massenproduktion ausgelegte und an Unternehmensinteressen orientierten Agrarpolitiken der EU und der USA.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- Ziele formuliert werden, die den Auf- und Ausbau einer sozial und ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft fordern, die gezielt Kleinproduzenten unterstützt und regionale Versorgungsstrukturen weltweit stärkt.
- der Schutz von Produzentinnen und Produzenten in den Ländern des Globalen Südens vor Dumping-Produkten in der neuen Agenda festgeschrieben wird.
- festgeschrieben wird, dass Finanzspekulationen, die zu einer Erhöhung der Nahrungsmittelpreise führen, gesetzlich unterbunden werden.
- Instrumente zur Sicherung der Landrechte, die Landgrabbing verhindern, sowie verbindliche Rechenschaftspflichten für Unternehmen eingeführt werden. Bezugsrahmen müssen die freiwilligen Leitlinien der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (FAO) zur verantwortungsvollen Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern sein.

Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Grundversorgung

Sauberes Wasser, sanitäre Grundversorgung und Hygiene sind Grundbedürfnisse des Menschen und für eine nachhaltige Entwicklung unverzichtbar. Aber immer noch haben mehr als 780 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser und 2,5 Milliarden Menschen steht keine sanitäre Basisversorgung zur Verfügung. Fehlender Zugang zu Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene (WASH) begünstigt die Ansteckung mit Durchfallerkrankungen, Hepatitis A, Typhus und weiteren vermeidbaren Krankheiten und kann zu Behinderungen beitragen, führt zu hoher Kindersterblichkeit und gefährdet die Ernährungssicherheit. Infolge mangelnden WASH-Zugangs werden Bildungschancen vermindert und krankheitsbedingte Ausfallzeiten bei der Arbeit schmälern das oftmals ohnehin schon geringe Einkommen von Familien. Insbesondere für Frauen und Mädchen ist WASH von zentraler Bedeutung. Marginalisierte Bevölkerungsgruppen werden vielerorts beim Zugang zu sauberem Wasser, Sanitärversorgung und Hygiene benachteiligt. Oft führen auch Privatisierungen des Wassersektors zu erhöhten Preisen, die vor allem ärmere Bevölkerungsschichten belasten.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- in einem neuen Rahmenwerk das Menschenrecht auf sauberes Wasser und Sanitärversorgung aufgenommen wird.
- die Ziele und Indikatoren den barrierefreien Zugang zu WASH auf der Haushaltsebene sowie in Schulen, Gesundheitszentren und Arbeitsplätzen berücksichtigen und die notwendigen Verknüpfungen von WASH und anderen Themen (Gesundheit, Bildung, Gender, wirtschaftliche Entwicklung und Umweltschutz) abbilden.
- Aufklärungs- und Bildungsarbeit zum Bruch des Tabus um Sanitärversorgung Teil einer neuen Agenda werden, damit die Bedeutung von Hygiene für alle verstanden werden kann.



Luftaufnahme der Masisi-Region im Kongo



Spielende Kinder in Ägypten

Schutz der globalen Gemeinschaftsgüter

Die Lebensstile im Globalen Norden, aber auch der wirtschaftliche Aufstieg und damit der gestiegene Ressourcenverbrauch in den großen Schwellenländern bedrohen die globalen Gemeinschaftsgüter wie Klima, Meere, Wasser, Böden und Wälder. Der Klimawandel, die Übernutzung dieser Ressourcen und damit verbundene Naturkatastrophen gefährden die Existenz von Millionen von Menschen weltweit, insbesondere aber im Globalen Süden. Im Sinne der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung sind alle Länder in der Pflicht, zukunftsfähige, kohlenstoffarme Entwicklungspfade einzuschlagen, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen wirksam zu kontrollieren und Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren, die aufgrund nicht mehr abwendbarer Folgen des vor allem im Globalen Norden dominanten Produktions- und Konsumptionsmodells notwendig werden.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- der Schutz der globalen Gemeinschaftsgüter in einer neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda als Ziel festgeschrieben wird.
- in einer Post-2015-Agenda Indikatoren formuliert werden, die den Schutz globaler Gemeinschaftsgüter gewährleisten, einen Wandel des Konsumverhaltens fördern und durch Marktanreize den Verbrauch steuern.
- in einem neuen Rahmenwerk die globale Besteuerung von Schadstoffemissionen als Ziel festgeschrieben wird.

Rechte von Kindern und Jugendlichen

In vielen Ländern des Globalen Südens bilden Kinder und Jugendliche die Mehrheit der Bevölkerung. Strukturelle Armut, Gewalt und bewaffnete Konflikte, schwache Volkswirtschaften und Regierungsstrukturen, aber auch Diskriminierung und Benachteiligung hindern Kinder und Jugendliche daran, ihre Rechte wahrzunehmen, den Kreislauf von Armut zu durchbrechen und sicher aufzuwachsen. Zudem bedrohen Klimawandel und Umweltzerstörung weltweit die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- Kinder und Jugendliche ausdrücklich vor jeglicher Form von Gewalt und Missbrauch geschützt werden und im Rahmen der festzulegenden Ziele konkrete Indikatoren entwickelt werden.
- die Förder-, Schutz-, und Beteiligungsrechte gemäß der UN-Konvention über die Rechte des Kindes in die Agenda aufgenommen werden. Dies bedeutet insbesondere, eine aktive und altersangemessene Teilhabe von Kindern an der Umsetzung und der Überprüfung der sie betreffenden Ziele zu gewährleisten.
- in den staatlichen und internationalen statistischen Systemen Gewalt und Missbrauch gegenüber Kindern sowie die Umsetzung einzelner Förderrechte vollständig erfasst und ausgewertet werden.



Frauen in einem Dorf in Nepal

Ältere Menschen und demografischer Wandel

In vielen Ländern des Globalen Südens ist ein gesellschaftlicher Alterungsprozess zu beobachten, der in wenigen Jahrzehnten die Altersstrukturen gravierend verändern wird. Älteren Menschen wird durch strukturelle Armut, Gewalt und bewaffnete Konflikte, aber auch durch Diskriminierung und Benachteiligung oftmals ein menschenwürdiges Leben verwehrt.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- die Rechte und Bedürfnisse von älteren Menschen als Ziele Eingang in eine neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda finden.
- die demografischen Herausforderungen in allen Bereichen der neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda berücksichtigt werden.
- die Erhöhung der Lebenserwartung bei größtmöglicher Gesundheit als Ziel für alle Generationen festgeschrieben wird.

2.3 Klare Regeln für globale nachhaltige Entwicklung

Das derzeitige System des globalen Regierens widerspricht dem Nachhaltigkeitsgedanken: Zum einen arbeiten unterschiedliche, teilweise konkurrierende Institutionen zu den interdependenten Aspekten von Entwicklung und Nachhaltigkeit; zum anderen weisen Institutionen wie die Vereinten Nationen, die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds schwerwiegende Demokratiedefizite auf. Eine neue globale Agenda muss daher Reformen für ein kohärentes, demokratisches und inklusives System der globalen Regierungsführung (»Global Governance«) umfassen. Aber auch auf nationaler Ebene gibt es Reformbedarf: In vielen Ländern müssen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt sowie Korruption und Misswirtschaft bekämpft werden. In den Ländern des Globalen Nordens gilt es vor allem, ressort- und länderübergreifende Politikkonzepte zu entwickeln und durchsetzungsfähig zu machen, die die Politikkohärenz für Nachhaltigkeit und gerechte Entwicklung stärken.

Reform des UN-Systems für nachhaltige Entwicklung

Die globalen Machtverhältnisse haben sich seit der Gründung der Vereinten Nationen und ihrer Unter- und Sonderorganisationen verändert. Institutionen wie der UN-Sicherheitsrat, die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds müssen demokratischer werden, um auch den von ihren Politiken am meisten betroffenen Staaten ein gleichberechtigtes Mitspracherecht einzuräumen. Reformbedarf gibt es auch im Hinblick auf Politikkohärenz für nachhaltige Entwicklung. Die Stärkung der UN-Generalversammlung und des ECOSOC (UN Wirtschafts- und Sozialrat) könnten hierzu beitragen.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- die im UN-System möglichst hoch angesiedelte neue Institution für nachhaltige Entwicklung damit beauftragt wird, die Umsetzung der zukünftigen Entwicklungsziele zu begleiten und einen Reviewprozess zu deren Umsetzung zu organisieren. Sie sollte der UN-Generalversammlung direkt rechenschaftspflichtig sein.
- in der neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda Reformen der internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds festgeschrieben werden, die die Entwicklungs- und Schwellenländer stärker beteiligen.
- die Politiken und Programme der internationalen Finanzinstitutionen auf die Erreichung der globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele ausgerichtet werden.

Gerechtes und solidarisches Wirtschafts- und Finanzsystem

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat nochmals verdeutlicht, dass das derzeitige Wirtschafts- und Finanzsystem weder gerecht noch nachhaltig ist. Die auf beständiges konsumbasiertes Wachstum ausgerichtete, deregulierte Marktwirtschaft gepaart mit dem Glauben an eine unbegrenzt steigende Profitmaximierung ebenso wie die immer komplexer werdenden Finanztransaktionen zerstören auf Dauer unsere Lebensgrundlagen. Denn dieses System führt zu wachsenden sozialen Ungleichheiten innerhalb und zwischen den

Ländern und kann nur auf Kosten der globalen Gemeinschaftsgüter aufrechterhalten werden. So spiegeln die Preise für die meisten Güter und Dienstleistungen nicht die tatsächlichen sozialen und ökologischen Kosten wider, unter denen sie produziert werden. Die Steuervermeidungspraktiken von Unternehmen und Reichen schwächen zudem die Möglichkeiten vieler Staaten im Globalen Süden, Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitiken aus eigener Kraft zu finanzieren. Die Konsequenzen privater Finanzspekulationen in einem kaum noch überschaubaren Geflecht immer neuer Finanzprodukte, wie beispielsweise die Spekulationen auf Grundnahrungsmittel, gefährden zudem die Stabilität der Finanzmärkte weltweit und können zur Verschärfung von Hunger und Armut beitragen. Deshalb müssen klare Regeln für das internationale Finanzsystem geschaffen werden, um Aufsicht und Transparenz zu gewährleisten.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- als Ziel in einer neuen globalen Agenda aufgenommen wird, gesetzliche Regelungen für die umfassende Berücksichtigung der Kosten des Verbrauchs von Umweltressourcen und globalen Gemeinschaftsgütern zu schaffen.
- in einem neuen Rahmenwerk Regelungen festgeschrieben werden, die Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten schaffen, den Trend der Finanzialisierung umkehren und schädliche Spekulationen eindämmen.
- die Verhinderung von Kapital- und Steuerflucht, der Aufbau eines gerechten und transparenten Steuersystems und die Schließung von Steueroasen in einer neuen Agenda verankert werden.
- im neuen Rahmenwerk die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer als Teil einer innovativen Finanzierungsstrategie für eine globale Agenda verankert wird.
- die Möglichkeit der asymmetrischen Marktöffnung für Entwicklungsländer verankert wird, die die Bedürfnisse der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder berücksichtigt und dabei an Menschenrechts- und Umweltkriterien gebunden ist.



Demonstration vor Demokratie-Monument in Bangkok, Thailand



Friedenstaube in Togo

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung sowie Stärkung fragiler Staaten

Weltweit müssen auch zukünftig Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestärkt sowie Korruption bekämpft werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Die gesellschaftliche Teilhabe aller an Entscheidungsprozessen muss hierfür sichergestellt werden. Insbesondere in fragilen, von gewaltsamen Konflikten betroffenen Staaten müssen die Anstrengungen verstärkt werden, stabile, demokratische und verlässliche politische Institutionen zu schaffen. Initiativen wie die Gruppe der g7+, in der sich fragile und von Kriegen betroffene Staaten zusammengetan haben, um sich gemeinsam der Überwindung ihrer Probleme zu widmen, müssen engagiert unterstützt werden. Denn in diesen Ländern sind besonders viele Menschen von extremer Armut und Hunger betroffen. Nur durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit können die Menschenrechte verwirklicht und die Partizipation aller Bevölkerungsschichten und -gruppen garantiert werden.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- das Ziel der Verwirklichung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Verwirklichung umfassender gesellschaftlicher Teilhabe in allen Staaten in einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda verankert wird.
- die State- und Peacebuilding Goals der Gruppe der g7+ Eingang in das neue Rahmenwerk finden.
- in einer neuen Agenda festgeschrieben wird, Korruption in allen Bereichen zu beseitigen.

Frieden, Gewaltfreiheit und menschliche Sicherheit

Frieden und Sicherheit für die Menschen sind unverzichtbare Voraussetzungen von Entwicklung. Die Beendigung von Kriegen und die Vorbeugung gewaltsamer Konflikte muss deshalb oberste Priorität haben. Die Schaffung menschlicher Sicherheit umfasst aber nicht nur die Überwindung gewaltsam ausgetragener gesellschaftlicher Konflikte, sondern auch die Minderung der alltäglichen Gewalt. Von beidem sind besonders Frauen und Kinder betroffen. Gewaltprävention muss auch das Handeln globaler, nachhaltiger Entwicklung bestimmen.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- die Inhalte der UN-Resolution 1325 »Frauen, Frieden und Sicherheit« Eingang in die neue Agenda finden und das Ziel formuliert wird, sexualisierte und andere Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu unterbinden.
- die Begrenzung und schrittweise Reduzierung der weltweiten Rüstungsexporte, insbesondere in Staaten, die systematisch die Menschenrechte verletzen, in einem neuen Rahmenwerk festgeschrieben wird.
- in der neuen Agenda die Minderung des Katastrophenrisikos für besonders anfällige Bevölkerungsschichten und -gruppen wie Arme, Kinder und Menschen mit Behinderungen aufgenommen und die Stärkung ihrer Widerstandskraft (Resilienz) als Ziel festgeschrieben wird.



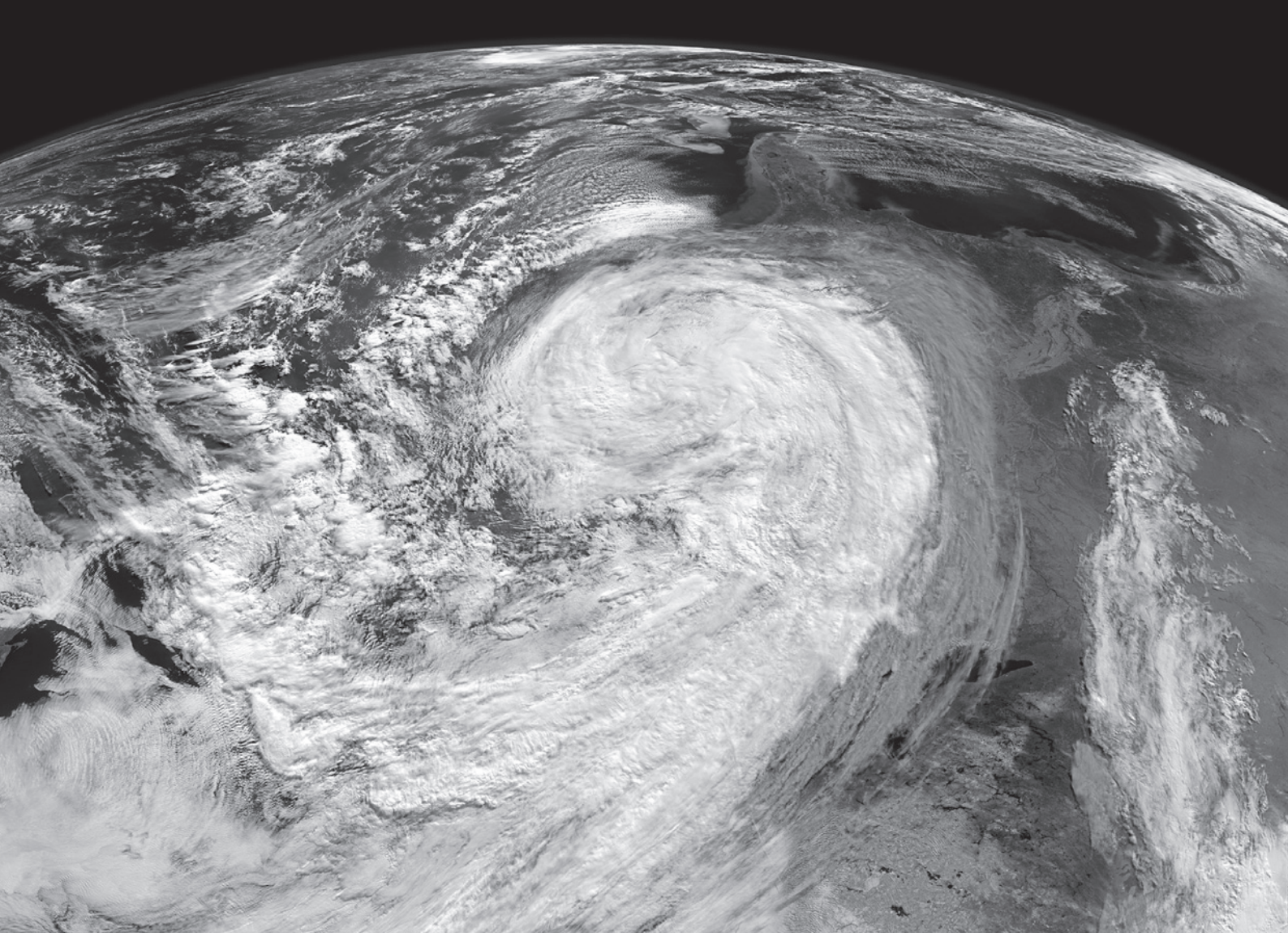
Frau bei Wahlen im Sudan

Partizipation und demokratische Rechenschaftspflicht

Globale Entwicklung kann nachhaltig nur gelingen, wenn die Partizipation der Parlamente, der Zivilgesellschaft und aller gesellschaftlicher Gruppen, einschließlich Kinder und Jugendliche, gewährleistet ist. Ein neues System mit globaler Gültigkeit muss klare Mechanismen der Rechenschaftslegung etablieren, die sicherstellen, dass einzelne Akteure nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Es muss die Menschen in die Lage versetzen, sich umfassend an Entscheidungsprozessen zu beteiligen und Regierungen für Handlungen, die Auswirkungen auf ihr Leben haben, zur Rechenschaft zu ziehen. Entscheidende Voraussetzungen dafür sind offene und transparente Entscheidungsprozesse, klare und frühzeitig kommunizierte Konsultationsverfahren sowie systematische Mechanismen der Rechenschaftslegung.

VENRO fordert deshalb von der Bundesregierung, sich bei den Verhandlungen über eine Post-2015-Agenda dafür einzusetzen, dass

- mit einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda klare Mechanismen der Rechenschaftslegung mit regelmäßiger Überprüfung etabliert werden.
- in der neuen Agenda festgeschrieben wird, die Rechenschaftslegung der demokratischen Kontrolle zu unterlegen.
- die Partizipation der Zivilgesellschaft und aller gesellschaftlicher Gruppen bei der Umsetzung des neuen Rahmenwerks in allen Bereichen und zu jeder Zeit sichergestellt ist.



Luftaufnahme der Erde

3. Ausblick – Der Weg zu einer gerechteren Welt für alle

Eine Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015 muss den Weg bereiten für eine grundlegende globale sozial-ökologische Transformation. Nachhaltige Entwicklung und ein menschenwürdiges Leben in den planetarischen Grenzen wird nur möglich sein, wenn fundamentale Veränderungen in den Produktions-, Konsum- und Denkmustern stattfinden. Ein neues Rahmenwerk muss deshalb ein neues Wohlstandsmodell und mit ihm ein neues Entwicklungsverständnis auf den Weg bringen, in dem auf der Basis der Menschenrechte und mit dem Ziel, Wohlergehen für alle zu gewährleisten, Armutbekämpfung und soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit zusammengedacht werden. Die Ausrichtung auf ein solches neues Wohlstandsmodell eröffnet neue Entwicklungschancen und kann erhebliches Innovationspotential entfalten.

Die sozial-ökologische Transformation muss auf allen Ebenen angegangen werden. Deshalb ist es notwendig, dass die neue globale Agenda sowohl umfassend als auch greifbar ist, das heißt eine überschaubare Anzahl von verbindlichen Zielen formuliert. Die Ziele müssen überprüfbar

sein, weshalb quantitativ und qualitativ messbare Indikatoren entwickelt und im neuen Rahmenwerk festgeschrieben werden müssen. Die Verwirklichung der Ziele entlang der Indikatoren muss durch eine wirksame Umsetzungsstrategie sichergestellt werden, die regelmäßig von unabhängiger Seite überprüft wird.

Ein Ansatz, um eine unübersichtliche »Zielvielfalt« mit der Gefahr der Beliebigkeit zu vermeiden, besteht in der Übernahme der aus den MDG bekannten Strukturierung nach Oberzielen (*goals*), denen jeweils Unterziele (*targets*) und aussagekräftige Indikatoren zugeordnet sind. Um dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung bei der Umsetzung einer neuen globalen Agenda gerecht zu werden, ist es denkbar, zwischen universell gültigen »absoluten globalen Zielen und Grenzen« und relativen Fortschrittszielen zu unterscheiden, die in demokratischen Entscheidungsprozessen auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene festgelegt werden und die sich aus den globalen Zielen ableiten. Ziele wie Indikatoren müssen aber immer menschenrechts- und genderbasiert sowie nach un-

terschiedlichen Zielgruppen aufzuschlüsseln sein und klare Vorgaben machen, aus denen sich eindeutige Rechte und Pflichten für alle Ebenen ergeben. Regelmäßige Überprüfungsverfahren auf allen Ebenen sind die Voraussetzung dafür, die schrittweise Verwirklichung der Zielvorgaben sicherzustellen und die Mobilisierung dafür notwendiger Ressourcen zu gewährleisten. Ein System regelmäßiger nationaler Fortschrittsberichte würde es der Zivilgesellschaft ermöglichen, die Regierungen durch die Erstellung von »Schattenberichten« an ihren eingegangenen Verpflichtungen zu messen.

VENRO erwartet von der Bundesregierung, dass sie die Mitwirkung sowohl des Deutschen Bundestags als auch der Zivilgesellschaft und aller weiteren relevanten gesellschaftlichen Akteure an der Ausarbeitung des neuen Zielkatalogs durch regelmäßige und institutionalisierte Konsultationen sicherstellt. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie in der Europäischen Union (EU) dar-

auf hinwirkt, dass die genannten Forderungen und Ziele in der EU-Positionierung zu einer Post-2015-Agenda ihren Niederschlag finden. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich im internationalen Verhandlungsprozess zur Post-2015-Agenda konstruktiv engagiert und dabei insbesondere die großen Schwellenländer wie Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika (BRICS) sowie auch die ärmsten Länder aktiv einbezieht mit dem Ziel, eine umfassende Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015 zu erreichen.

Schlussendlich erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie bis zum Jahr 2015 verstärkt auf die vollständige Erreichung der MDG hinwirkt. Mit Blick auf die Zeit nach 2015 fordern wir die Bundesregierung auf, alle politischen und ökonomischen Ressourcen bereitzustellen, die zur Erreichung der Ziele der neuen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda bei uns und weltweit erforderlich sind.

VENRO-Mitglieder

- A**
- action medeor
 - ADRA Deutschland
 - Ärzte der Welt
 - Aktion Canchanabury
 - AMICA e.V.
 - Andheri-Hilfe Bonn
 - Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
 - Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
 - Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
 - Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
 - Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
 - arche noVa
 - ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
 - AT-Verband
 - AWO International
- B**
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
 - BONO-Direkthilfe
 - Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
 - Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
 - Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
 - Bundesvereinigung Lebenshilfe
- C**
- CARE Deutschland-Luxemburg
 - Caritas International
 - Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
 - ChildFund Deutschland
 - Christliche Initiative Romero
 - Christoffel-Blindenmission Deutschland
- D**
- Das Hunger Projekt
 - Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
 - Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
 - Deutsche Kommission Justitia et Pax (DAHW)
 - Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
 - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
 - Deutsches Komitee für UNICEF
 - Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge
 - Deutsches Rotes Kreuz*
 - DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
 - Difäm
- E**
- Don Bosco Mondo
 - dvv international – Institut für Internationale Zusammenarbeit des deutschen Volkshochschul-Verbandes*
- E**
- Eine Welt Netz NRW
 - Eine Welt Netzwerk Hamburg
 - EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
 - Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- F**
- Fairventures Worldwide
 - FIAN Deutschland
 - FUTURO SÍ
- G**
- Gemeinschaft Sant’ Egidio
 - German Doctors e.V.
 - German Toilet Organisation (GTO)
 - Germanwatch
- H**
- Habitat for Humanity Deutschland
 - Handicap International
 - Help – Hilfe zur Selbsthilfe*
 - HelpAge Deutschland
 - Hilfswerk der Deutschen Lions
 - Hoffnungszeichen / Sign of Hope
 - humedica
- I**
- Indienhilfe
 - INKOTA-netzwerk
 - Internationaler Hilfsfonds
 - Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
 - Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
 - Islamic Relief Deutschland
- J**
- Johanniter-Auslandshilfe
- K**
- Kairos Europa
 - Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
 - KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
 - Kindernothilfe
 - Kinderrechte Afrika
- L**
- Lateinamerika-Zentrum
 - Lichtbrücke
- M**
- Malteser International Marie-Schleierverein
 - materra – Stiftung Frau und Gesundheit
 - medica mondiale
 - medico international
 - MISEREOR
- N**
- NETZ Bangladesch
- O**
- Ökumenische Initiative Eine Welt
 - OIKOS EINE WELT
 - Opportunity International Deutschland
 - Ora International Deutschland
 - Oxfam Deutschland
- P**
- Plan International Deutschland
- R**
- Rhein-Donau-Stiftung
- S**
- Salem International
 - Samhathi – Hilfe für Indien
 - Save the Children Deutschland Senegalhilfe-Verein
 - Senior Experten Service (SES)
 - Society for International Development (SID)
 - SODI – Solidaritätsdienst-international
 - Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
 - Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
 - Stiftung Nord-Süd-Brücken
 - SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
 - Susila Dharma – Soziale Dienste
- T**
- Terra Tech Förderprojekte
 - TERRE DES FEMMES
 - terre des hommes Deutschland
 - Tierärzte ohne Grenzen
 - TransFair
- V**
- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
 - Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
- W**
- Weltfriedensdienst
 - Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee*
 - Welthaus Bielefeld
 - Welthungerhilfe Weltladen-Dachverband
 - Weltnotwerk der KAB Deutschlands
 - Werkhof
 - Werkstatt Ökonomie
 - World University Service
 - World Vision Deutschland
 - W. P. Schmitz-Stiftung
- Z**
- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

VENRO hat zurzeit 118 Mitglieder

* Gastmitglied

(Stand: Juli 2013)

Impressum

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Telefon: 0228 / 94677-0

Fax: 0228 / 94677-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung
c/o VENRO Büro Berlin
Chausseestr. 128/129
10115 Berlin

Telefon: 030 / 24781573

Fax: 030 / 28046672

E-Mail: deinestimmegegenarmut@venro.org

Internet: www.deine-stimme-gegen-armut.de

Redaktion: Merle Bilinski, Sonja Grigat, Claus Körting (verantwortlich)

Endredaktion: Kirsten Prestin

Fotonachweis: Fotonachweis: flickr/LTE (Cover), UN Photo/Kibae Park (S. 4), UN Photo/
Tim McKulka (S. 6), UN Photo/Martine Perret (S. 6), UN Photo/Eskinder Debebe (S. 8),
flickr/Sindre Wimberger (S. 9), UN Photo/Marie Frechon (S. 11), flickr/mshamma (S. 11),
Lena Bullerdieck (S.12), flickr/Ratchaprasong2 (S. 14), flickr/Jeff Attaway (S. 14), UN Photo/
Albert Gonzalez Farran (S. 15), NASA (S. 16)

Layout: Petra Strauch, Bonn

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH

Diese Broschüre wurde klimaneutral mit Druckfarben auf Basis nachwachsender Rohstoffe
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

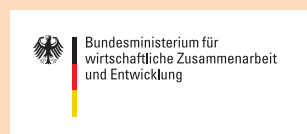
Auflage: 1.000 Exemplare

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Berlin, Juli 2013

Mit finanzieller Unterstützung des BMZ.

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.



VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.



Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
www.venro.org

Das VENRO-Projekt »Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung«

Als Dachverband entwicklungspolitischer NRO in Deutschland hat VENRO es sich zum Ziel gesetzt, die Debatte über Fragen zukunftsfähiger Entwicklung aktiv mitzugestalten. Wir wollen in der Diskussion mit anderen gesellschaftlichen Akteuren ein Verständnis von Entwicklung erarbeiten, das aus unserer Sicht zukunftsfähig ist, und dieses in Politik und Öffentlichkeit verankern. Dazu organisiert das Projekt »Deine Stimme gegen Armut – Entwicklung braucht Beteiligung« den Diskurs im Verband und trägt ihn in die Öffentlichkeit.

Mit Kampagnenarbeit soll die breite Bevölkerung – insbesondere junge Menschen bis 29 – aktiviert werden, sich öffentlich wirksam für die Erreichung von Entwicklungszielen zu engagieren. Ein weiterer wichtiger Baustein des Projektes ist die Informations- und Dialogarbeit. Hierdurch soll ein zivilgesellschaftliches Verständnis von zukunftsfähiger Entwicklung erarbeitet und in der Gesellschaft verankert werden. Regelmäßige Hintergrundpapiere, öffentliche Diskussionen und Dialogforen sollen Gelegenheit bieten, Erfahrungen auszutauschen und Informationen zu vertiefen. Die erarbeiteten Positionen werden in den Dialog mit politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern eingebracht.

Das Projekt wird seit Juni 2012 vom Berliner Büro des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) aus gesteuert.

Deine Stimme gegen Armut ist die deutsche Plattform des »Global Call to Action Against Poverty« (GCAP), einem internationalen Bündnis, in dem sich Organisationen, Vereine, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Prominente und Millionen Menschen in mehr als 100 Ländern für ein Ende der Armut engagieren.

www.deine-stimme-gegen-armut.de